

GASTKOMMENTAR

Müssen wir bald anderen gehorchen?

VON WOLFGANG LUSAK



Aufwachen aus dem selbst inszenierten Albtraum Europas! Gelbe Gefahr: Jeden Morgen, wenn wir aufwachen und Nachrichten empfangen, schweben wir irgendwo zwischen Ungläubigkeit und Entsetzen. „Chinesen reichen Europa die Hand“ – sind das nicht die Milliarden mit dem Zopf, der Mao-Bibel und den unterdrückten Dissidenten? Die gelbe Gefahr? „Griechen gehen pleite“ – wir sollen jetzt das Land der Nichtsteuerzahler retten, wie kommen wir dazu? Im Sommer fahren wir eh hin. „Korruptionsausschuss soll rasch starten“ – bringt doch nix. Lobbyist müsste man halt sein, oder? Zerbrechlicher Schutz-

schild: Wenn wir dann ins Büro oder Kaffeehaus gehen, beruhigen wir uns wieder. Alles scheint unverändert. Und wir sacken wieder ab in den Alltags-Traum, der uns seit 65 Jahren mit honigstübem Wohlstandskleister, manipulativem Politik-Gelaber und technischem-medialem Overkill wie ein gültiger Schutzschild umgibt und den Rest der Welt vergessen lässt.

Ignoranz Wie auf einer Kinderspielplatz-Insell haben wir im tosenden Ozean der Welt um mehr Löhne

und Aufträge gekämpft, haben Politiker gewählt, die unser Verhaltens-Spiegelbild sind und Geld ausgegeben, das wir noch nicht verdient haben. Wir haben in einem System funktioniert, das wir nicht verstanden haben und in einer von uns ignorierten Welt gelebt, die jetzt – ob wir wollen oder nicht – bei uns eindringt. So werden aus Träumen Albträume. Als russische Touristen, türkische Nachbarn, chine-

sische Aktionäre, afrikanische Zeitungsverkäufer, als Asylanten, Geschäftsleute und manchmal auch Kriminelle stehen sie im „Wohnzimmer“ der Europäer, die mehrheitlich immer noch zwischen Nachruhe und Tagtraum dahin gleiten. Wir müssen endlich aufwachen, der Wirklichkeit ins Auge sehen und Verantwortung übernehmen. Sonst gehen unsere sozialstaatlichen Errungenschaften, gesellschaftli-

cher Friede und die vor die Hunde. Und nicht wegen der anderen, sondern aus eigener Unfähigkeit. Kreativität Agieren statt Zuschauen: Bevor zu viel außer Kontrolle gerät, sollten wir jeder lernen, Veränderung kreativ zu gestalten, uns mehr auf Plattformen äußern, in Gemeinschaften engagieren, in Parteien gehen, eigene Initiativen oder Lobbys gründen. Wir sollten den Mittelstand und die mittelständische Wirtschaft als wohl einzige solidarisch und nach-

haltig agierende Gesellschaftsgruppe fördern und aufladen. Wir sollten endlich, endlich unsere Reform-Staus auflösen. Und wir sollten neue Regeln für eine verantwortungsvolle Weltwirtschafts-Ordnung aufstellen. Irgendwie wissen wir ja, was wir tun müssten, aber wir sind träge und oberflächlich geworden. Sind taub für die lautesten Signale und hören nicht auf unsere innere Stimme. „Wer auf sich selbst nicht hört, muss anderen gehorchen“ ließ Nietzsche einst Zarathustra sagen. Wie wahr. Mag Wolfgang Lusak ist Marken- und Kooperations-Berater, Lobby-Coach in Wien leser@kurier.at

Krise in der Eurozone: Griechenland am Rande des Staatsbankrotts

Die Probleme in der Europäischen Union reißen nicht ab. Der Schuldenberg Griechenlands bleibt das Hauptproblem. Griechenland hat jahrzehntelang viel mehr Geld ausgegeben als eingenommen und ist daher pleite. Wieso versteht niemand, dass man verlorenes Geld nicht durch rückzahlbare Kredite (inkl. hoher Zinsen) wiederherstellen kann? Es ist daher keine Frage, ob man Griechenland in Konkurs gehen lassen will; Griechenland ist gezwungen, über einen Konkurs die Schuldenlast abzuwerfen. Natürlich wenden sich die meisten Politiker immer noch, diese simple Tatsache auszuspochen, aber umso mehr Zeit vergeht, desto mehr Geld geht angesichts der entstandenen Krise unnötig verloren. Wahrscheinlich stimmt jedoch, dass Geld gar nicht verloren geht, es hat nur jemand anderer: China.

verschiedenen Finanzkrisen beweist. Die sogenannten Spezialisten der Finanzwelt, die jahrrelange Erfahrung, aber keine Ahnung von der tatsächlichen Situation von heute haben, geben Ratschläge, die nichts wert sind. Abhilfe würde nur eine strengere Reglementierung für die Börsengeschäfte schaffen. Darüber traut sich aber niemand.

Steigende Verschuldungen Seit einem Jahr wird das Spiel gespielt, mit einem Rettungsschirm nach dem anderen. Wir hören nur von Milliarden bis Billionen – wofür? Wann und wo hört das auf? Darüber hat niemand eine klare Antwort. Die Belastung unserer Bürger, pro Kopf der Bevölkerung, steigt auf über 30.000 Euro, das sind derzeit über 260 Millionen Euro. Vor nicht allzu langer Zeit waren es nur 64 Millionen Euro. Wer soll das je zurückzahlen und wie? So wie es jetzt läuft: nie!

Es sind mehr oder weniger dumme Floskeln, welche die Politiker abgeben, nur um ihre Abhängigkeit von Dritten zu verschleiern, seien es die Banken, die hinter den Kulissen Druck machen, Lobbyisten, oder andere Gründe, die zu einer Art Abhängigkeit und gegen die Interessen der Wähler führt.

Vorschläge gegen die Krise Derzeit wird die Welt, scheint's, von Staats- bzw. Finanzkrisen geschüttelt. Eine ganze Reihe von Ländern, beginnend mit den USA und vielen ihrer Vasallenstaaten bis zu Griechenland, Italien, Spanien und neuerdings auch Frankreich stehen vor der Pleite. Die Börsen reagieren hektisch und die EU mit steigender Nervosität. Dabei ließe sich der verfahrenen Karren leicht wieder auf eine solide Grundlage stellen, wenn einige bedeutsame Fehler unseres Wirtschaftssystems behoben würden.



Albtraum mit griechischem Salat

Nachstehend einige Vorschläge: Einführung der Wertschöpfungsabgabe. Damit Stärkung der lohnintensiven Betriebe. Besteuerung des Vermögens adäquat der Besteuerung der Arbeitsleistung. Besteuerung von Stiftungen, die vornehmlich der Steuerflucht und der Geldwäsche dienen. Bekämpfung der Armut. Gerechte Umverteilung von oben nach unten. Keine scheinheiligen Sparpakete auf Kosten von Mindereinkommen und Pensionen! Und das Wichtigste: Schach den Kriegen! Milliarden werden für Waffen aufgewendet, die dann der Wirtschaft fehlen.

Die Macht der Spekulanten Es gibt viele Erklärungen für die derzeitige Finanzkrise in USA und Europa. Eine davon ist die böse Spekulation. Nicht erklärt wird, warum es diese Spekulation früher nicht gab, jetzt aber immer mehr. Es gibt viel zu viel überschüssiges privates Geld, dieses Geld wird in diversen Fonds geparkt und

muss von den Fondsmanagern (Spekulanten) vermehrt werden. Das ist der Ausfluss des neoliberalen Wirtschaftsmodells, wenig Geld beim Staat und viel Geld bei den Privaten. Fazit: Wenn die öffentliche Hand wieder mehr Geld abschöpft und Vermögen kräftig besteuert, hört sich die Spekulation von selbst auf und es ist auch wieder Geld für Bildung, Pflege usw. vorhanden. Das ist wahrscheinlich „links“, aber der einzig mögliche Weg.

Korruption rund um die Telekom

Wenn man täglich in der Zeitung liest, vollgefüllt mit Meldungen über Unterschlagungen, Korruption und mafiosen Zuständen, dann sollte man als bitteren Schluss noch hinzufügen: Wir sollten die Pfeiler der Gründer unserer Republik: Raab, Kreisky, Figl, Schärff in den Gerichtssälen plakativ, in denen die Korruptionsprozesse stattfinden: Wäre es denkbar gewesen, dass unter ihnen oder mit ihnen solche Situationen

entstanden wären? Da ich keine Namen genannt habe (da derer wohl zu viele), entfällt die Unschuldsvormutung. Dr. Kurt Vojcsik 1140 Wien

Die politischen Verantwortung Wolfgang Schlüssel schweigt und schickt andere zur medialen Verteidigung aus. Das Argument von Herrn Khol, wonach der Exkanzler ein integrier Ehrenmann sei, geht meines Erachtens am Thema vorbei. Nicht persönliche Verfehlungen Schlüssel sind (derzeit) Thema, sondern seine politische Verantwortung für die Vorgänge im Umfeld seines Regierungsteams. Dass die Strafverfolgungs-

behörden laut Herrn Khol auch gleich die politische Verantwortung quasi mitbehandeln sollen, erstaunt mich auch. Politische und strafrechtliche Verantwortlichkeit sind ja schon dem Wortsinn nach zwei verschiedene Themenkreise. Angesichts des Bilds, das die Justiz derzeit in der Öffentlichkeit abgibt, dürfte sie mit der strafrechtlichen Aufklärung der Vorfälle rund um die Telekom voll ausgelastet sein. Schon deshalb sollte man die Klärung der politischen Verantwortlichkeit daher einem parlamentarischen Untersuchungsausschuss überlassen. Reinhard Metz per eMail

Zu große Unterschiede

Der normale Hausverstand hätte bei der Erweiterung der EU und vor allem bei der Einführung einer gemeinsamen Währung genügt, um zu erkennen, dass so unterschiedliche wirtschaftliche, gesellschaftliche und soziale Verhältnisse und Lebensbedürfnisse der Menschen, die seit Jahrhunderten bestehen, nicht zusammenpassen. Der bereits gescheiterte Versuch einer gemeinsamen Währung stellt, wenn nicht sofort und radikal gehandelt wird, die gesamte EU infrage, und es ist deshalb ein Ende mit Schrecken sicher besser als dieser Schrecken ohne Ende. Albin Schöber 9431 St. Stefan

Hilflose Politiker

Große Investoren wie Pensionsfonds etc. benutzen Computerprogramme wie Chaos-Theorie und treffen ihre Entscheidungen automatisch in Sekunden und schieben damit sehr schnell Milliarden von Euro um. Dies beeinflusst die Kurse an der Börse. Die Kursentwicklung ist damit nicht vorhersehbar. Die Politiker und deren Ratgeber sind komplett hilflos, wie das Auftreten der